

TI_GERICHTE 38.2004.20 vom 11. Februar 2004

TI Tribunale d'appello, 2004-02-11, IT

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ti_gerichte_38.2004.20

FR: TI_GERICHTE 38.2004.20 du 11 février 2004

IT: TI_GERICHTE 38.2004.20 del 11 febbraio 2004

Regeste

l'assicurata non ha inequivocabilmente espresso la volontà di essere disposta ad accettare un'occupazione di 6 mesi. Tale impiego era adeguato, in quanto non era eccessivamente distante ed era conforme alla sua situazione personale e di salute - Sanzione di 31 giorni di sospensione corretta

Erwägungen

E. 3

Satz 3 und Abs. 3bis AVIG in Verbindung mit Art. 45 Abs. 3 AVIV ist der Bemessung der Einstellungsdauer sowohl bei Aufgabe einer zumutbaren Arbeitsstelle ohne Zusicherung einer neuen (Einstellungsgrund gemäss Art. 30 Abs. 1 lit. a AVIG in Verbindung mit Art. 44 Abs. 1 lit. b AVIV) als auch bei Ablehnung einer nicht amtlich zugewiesenen zumutbaren Arbeit (Einstellungsgrund gemäss Art. 30 Abs. 1 lit. c AVIG in Verbindung mit Art. 44 Abs. 2 AVIV in der bis 30. Juni 2003 geltenden Fassung) nicht zwingend ein schweres Verschulden zugrunde zu legen. Dabei werden für die Unterschreitung des für schweres Verschulden vorgesehenen Sanktionsrahmens statt eines entschuldbaren Grundes (z. B. ARV 2000 Nr. 9 S. 50 Erw. 4b/aa; Urteile F. vom 20. September 2002, C 48/02, Erw. 5, G. vom 20. Juni 2001, C 32/01, Erw. 4, sowie T. vom 16. Februar 2001, C 15/00, Erw. 3b und 4b) oft - gleichbedeutend (vgl. insbesondere Urteile F. vom 20. September 2002, C 48/02, Erw. 5, und T. vom 16. Februar 2001, C 15/00, Erw. 3) - besondere Umstände des Einzelfalls verlangt, indem festgehalten wird, die Bestimmung von Art. 45 Abs. 3 AVIV bilde hier lediglich die Regel, von welcher beim Vorliegen besonderer Umstände im Einzelfall abgewichen werden dürfe, sodass insoweit das Ermessen von Verwaltung und Sozialversicherungsgericht nicht auf eine Einstellungsdauer im Rahmen eines schweren Verschuldens beschränkt sei, sondern auch eine mildere Sanktion zulasse (z. B. ARV 2000 Nr. 8 S. 42 Erw. 2c; RJJ 1999 S. 56 Erw. 3; Urteile J. vom 17. März 2003, C 278/01, Erw. 2.1, K. vom 8. Oktober 2002, C 392/00, Erw. 4.5, und D. vom 21. Mai 2001, C 424/00, Erw. 2b). (...)

E. 3.1

hievor). Wird ein solcher Grund bejaht, ist diese Bestimmung nicht anwendbar und die Einstellungsdauer bemisst sich nach der Regel des Art. 30 Abs. 3 Satz 3 AVIG.

E. 3.4

3.4.1 Zunächst ist festzustellen, dass der Wortlaut aller drei Sprachfassungen des Art. 45 Abs. 3 AVIV keinerlei Anhaltspunkt enthält, der dafür sprechen würde, hinsichtlich der Ablehnung einer zumutbaren Arbeit zwischen amtlich zugewiesenen auf der einen und nicht amtlich zugewiesenen Stellen auf der andern Seite zu differenzieren. Eine solche Unterscheidung wurde lediglich - teilweise - von der Rechtsprechung eingeführt bzw. offen

gelassen. Das Urteil C 226/98 (Erw. 3.3.1 hievor) gab indessen das frühere, den Einstellungsstatbestand der Ablehnung einer amtlich zugewiesenen zumutbaren Arbeit betreffende Urteil C 386/97 ungenau wieder. In Letzterem war nicht entschieden worden, im Falle der Ablehnung einer amtlich zugewiesenen zumutbaren Arbeit müsse immer ein schweres Verschulden angenommen werden. Vielmehr war darin erst nach Verneinung eines entschuldbaren Grundes auf ein nach Art. 45 Abs. 3 AVIV zwingend schweres Verschulden geschlossen worden (ARV 1999 Nr. 23 S. 137 Erw. 1b und S. 139 Erw. 2c). Damit sollte demnach entgegen ARV 2000 Nr. 8 S. 41 Erw. 2c (sowie z. B. Urteil C. vom 10. Januar 2002, C 195/00, Erw. 1b) nicht gesagt werden, im Rahmen des Einstellungsgrundes der Ablehnung einer amtlich zugewiesenen zumutbaren Arbeit sei eine Unterschreitung der für schweres Verschulden vorgeschriebenen Einstellungsdauer generell unzulässig. Vielmehr sollte damit festgestellt werden, dass bei Vorliegen dieses Einstellungsstatbestandes im Rahmen von Art. 45 Abs. 3 AVIV, das heisst nur bei Fehlen eines entschuldbaren Grundes, zwingend von einem schweren Verschulden auszugehen sei (vgl. Urteile I. vom 23. August 2001, C 21/01, Erw. 1b, S. vom 20. Juli 2001, C 74/01, Erw. 1b und 4a, sowie D. vom 19. Januar 2001, C 75/00). Art. 45 Abs. 3 AVIV schreibt nicht nur bei Aufgabe einer zumutbaren Arbeitsstelle ohne Zusicherung einer neuen, sondern auch bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit nur unter dem Vorbehalt eines entschuldbaren Grundes die Annahme eines schweren Verschuldens vor (Erw.

E. 3.4.2

Abgesehen davon, dass schon der Wortlaut von Art. 45 Abs. 3 AVIV keine Handhabe dafür bietet, die Ablehnung einer amtlich zugewiesenen zumutbaren Arbeit anders zu behandeln als jene einer nicht amtlich zugewiesenen zumutbaren Tätigkeit, vermag auch das im Urteil C 226/98 angeführte Argument, bei der Ablehnung einer zugewiesenen zumutbaren Arbeit stünden Tatsache und Schwere des Verschuldens meist klar fest (ARV 2000 Nr. 8 S. 42 Erw. 2c; ebenso z. B. ARV 2000 Nr. 9 S. 50 Erw. 4b/aa und Urteil C. vom 10. Januar 2002, C 195/00, Erw. 1b), für diesen Einstellungsgrund einen Ausschluss einer die Einstellungsdauer bei schwerem Verschulden unterschreitenden Sanktion nicht zu begründen. Selbst wenn bei diesem Einstellungsstatbestand Tatsache und Schwere des Verschuldens häufiger klar feststehen sollten als bei den Einstellungsgründen der Aufgabe einer zumutbaren Arbeitsstelle ohne Zusicherung einer neuen und der Ablehnung einer nicht amtlich zugewiesenen zumutbaren Arbeit, könnte dies nicht dazu führen, die Möglichkeit einer Unterschreitung der für schweres Verschulden vorgesehenen Einstellungsdauer bei Einstellungen wegen Ablehnung einer amtlich zugewiesenen zumutbaren Arbeit generell zu verneinen. Damit würden diejenigen, durchaus auch bei diesem Einstellungsgrund vorkommenden, Konstellationen vernachlässigt, in denen Tatsache und Schwere des Verschuldens gerade nicht klar feststehen.

E. 3.4.3

Aufgrund dieser Erwägungen ist die Rechtsprechung im Sinne der in Erw. 3.3.2 hievor angeführten Urteile dahin zu klären, dass bei Vorliegen eines entschuldbaren Grundes, weil Art. 45 Abs. 3 AVIV diesfalls nicht anwendbar ist, auch bei Ablehnung einer amtlich zugewiesenen zumutbaren Arbeit nicht zwingend von einem schweren Verschulden auszugehen ist. Es verhält sich damit nicht anders als bei der Aufgabe einer zumutbaren Arbeitsstelle ohne Zusicherung einer neuen und bei der Ablehnung einer nicht amtlich zugewiesenen zumutbaren Arbeit (vgl. auch Thomas Nussbaumer, a.a.O., Rz 712, der auch bei den in Art. 45 Abs. 3 AVIV genannten Gründen eine Verschuldensprüfung im

Einzelfall postuliert, ohne zwischen den verschiedenen betroffenen Einstellungstatbeständen zu differenzieren)." (DTF 130 V 125 consid. 3.1.; 3.2.; 3.4.)
Relativamente alla nozione di "validi motivi" il TFA ha precisato: "

E. 3.5

Zu prüfen bleibt, was unter entschuldbaren Gründen zu verstehen ist, deren Vorliegen dazu führt, dass anders als nach Art. 45 Abs. 3 AVIV nicht zwingend von einem schweren Verschulden auszugehen ist. Dazu ist vorab festzuhalten, dass der deutsche Wortlaut dieser Bestimmung, der von einem "entschuldbaren Grund" spricht, nicht treffend ist, könnte er doch dazu verleiten, nach Gründen zu suchen, die ein Verschulden ausschliessen. Dies ist jedoch nicht gemeint, wie aus der Rechtsprechung folgt, die bei entschuldbaren Gründen bzw. unter besonderen Umständen des Einzelfalls nicht auf eine Einstellung verzichtet, sondern unter Umständen auch bei den in Art. 45 Abs. 3 AVIV erwähnten Einstellungstatbeständen den für schweres Verschulden vorgesehenen Rahmen unterschreitet (Erw. 3.2 und 3.3 hievor). Es ist vielmehr gestützt auf die französische und die italienische Fassung, worin von einem "motif valable" bzw. "valido motivo" gesprochen wird, festzustellen, dass unter einem "entschuldbaren Grund" im Sinne von Art. 45 Abs. 3 AVIV ein Grund zu verstehen ist, der das Verschulden leichter als schwer erscheinen lassen kann. Dies steht auch in Übereinstimmung mit den Urteilen, in denen statt von entschuldbaren Gründen von besonderen Umständen des Einzelfalls die Rede ist (vgl. für die Aufgabe einer zumutbaren Arbeitsstelle ohne Zusicherung einer neuen sowie die Ablehnung einer nicht amtlich zugewiesenen zumutbaren Arbeit Erw. 3.2 hievor und für die Ablehnung einer amtlich zugewiesenen zumutbaren Arbeit Urteile G. vom 15. Februar 2002, C 93/01, Erw. 3, und U. vom 28. September 2001, C 119/01, Erw. 3). Es handelt sich somit um Gründe, die - ohne zur Unzumutbarkeit zu führen, ansonsten es schon an der Erfüllung der in Art. 45 Abs. 3 AVIV erwähnten Einstellungstatbestände fehlen würde (vgl. Art. 44 Abs. 1 lit. b AVIV, Art. 44 Abs. 2 AVIV in der bis 30. Juni 2003 geltenden Fassung und Art. 30 Abs. 1 lit. d AVIG in der bis 30. Juni 2003 geltenden Fassung) - das Verschulden als mittelschwer oder leicht erscheinen lassen können. Diese im konkreten Einzelfall liegenden Gründe können - wie etwa gesundheitliche Probleme (RJJ 1999 S. 57 Erw. 4) - die subjektive Situation der betroffenen Person oder - so die Befristung einer Stelle (ARV 2000 Nr. 9 S. 49 Erw. 4b/aa) - eine objektive Gegebenheit beschlagen. (...)" (DTF 130 V 125-131 consid. 3.5.) In quel caso il TFA ha ritenuto che il posto offerto ufficialmente all'assicurato quale operaio o aiuto operaio edile non era totalmente inadeguato e che dunque a ragione l'assicurato era stato sanzionato, visto che in occasione di un colloquio con il potenziale datore di lavoro aveva espresso la sua indisponibilità a concludere un contratto di lavoro. Tuttavia, alla luce dei problemi di salute relativi all'ipersensibilità al materiale dei pannelli isolanti di lana di vetro/roccia, si trattava di un caso limite, per cui la colpa dell'assicurato doveva essere giudicata mediamente grave. La riduzione effettuata dal Tribunale cantonale da 40 a 20 giorni non prestava il fianco a critiche ed è dunque stata confermata (cfr. DTF 130 V 125, consid. 3.6.). In un'altra sentenza del 9 dicembre 2003 nella causa H. (C 58/03), la nostra Massima Istanza ha ridotto da 38 a 25 giorni la sospensione inflitta a un'assicurata che, contrariamente a quanto impartito dall'amministrazione, non aveva contattato un potenziale datore di lavoro entro 3 giorni dall'assegnazione ufficiale di un impiego quale cassiera che le avrebbe permesso di ottenere un guadagno intermedio, a causa della mancata spedizione della sua lettera di candidatura da parte della figlia undicenne, alla quale l'aveva consegnata. Il TFA ha deciso che nella fattispecie, nonostante il comportamento colpevole dell'assicurata - la quale non

aveva spedito personalmente la lettera o comunque non aveva controllato che la figlia l'avesse effettivamente imbucata - che ha impedito la realizzazione di un adeguato guadagno intermedio, la colpa dell'assicurata, alla luce delle circostanze concrete del caso, doveva essere ritenuta mediamente grave. Infatti essa, dopo essersi accorta che lo scritto non era stato spedito, aveva reagito subito, annunciandosi lo stesso giorno presso il posto di lavoro assegnatole. Inoltre da quando era in disoccupazione, ad eccezione di una sanzione di 21 giorni inflittale per non aver effettuato una misura inerente al mercato del lavoro agli inizi del mese in cui le è stato proposto ufficialmente l'impiego in questione, non aveva mai dato occasione agli organi che applicano la LADI di essere biasimata. In una sentenza del 6 gennaio 2004 nella causa H. (C 213/03) il TFA ha poi esaminato il caso di un'assicurata che era stata sospesa dal diritto alle indennità di disoccupazione per 31 giorni per aver rifiutato un'occupazione adeguata non assegnata ufficialmente della durata di circa 6 mesi. L'Alta Corte, pur ritenendo che l'assicurata nel caso in esame era stata sanzionata a ragione, ha considerato quali circostanze attenuanti i motivi che l'hanno indotta a rifiutare l'impiego temporaneo, ossia il fatto che essa ritenesse di dover prioritariamente partecipare ad un programma di qualifica per promuovere la collocabilità assegnatole in precedenza per lo stesso periodo in cui avrebbe dovuto lavorare temporaneamente e la mancanza delle necessarie conoscenze informatiche per svolgere l'impiego in questione. Inoltre la nostra Massima Istanza, dopo aver ribadito che anche un lavoro temporaneo è preminente rispetto a delle misure di inserimento professionale, ha considerato che esisteva una concolpa dell'amministrazione per non avere indicato all'assicurata, al fine di evitare le conseguenze del tentativo di collocamento fallito, che era tenuta ad accettare l'impiego offertole. Di conseguenza la sospensione è stata ridotta da 31 a 15 giorni. Per altri casi di applicazione di questa giurisprudenza cfr. STFA del 12 dicembre 2003 nella causa K. (C 70/02); STFA 6 febbraio 2004 nella causa A. (C 130/03). Inoltre in una sentenza dell'8 luglio 2004 nella causa P. (38.2003.94) il TCA, vagliate le circostanze concrete oggettive della vertenza sub judice e la situazione soggettiva dell'assicurata, ha ritenuto che nella fattispecie in esame non erano dati dei validi motivi che facessero apparire la colpa della stessa di gravità media o lieve. Pertanto questa Corte ha confermato la sanzione di 31 giorni inflitta all'assicurata per aver ritirato la sua candidatura relativa a un'occupazione adeguata assegnatale ufficialmente. In questo senso ha pure deciso il TFA in una sentenza del 28 luglio 2004 nella causa V., C 7/04. 2.8. Nell'evenienza concreta risulta che a RI1 - assicurata al suo terzo termine quadro, reiscrittasi al collocamento a far tempo dal 7 aprile 2003, alla ricerca di un impiego a tempo pieno quale assistente di cura, aiuto domiciliare, ricezionista d'albergo (cfr. doc. 11) - il 19 maggio 2003 è stata assegnata ufficialmente un'occupazione per 6 mesi, con possibilità di trasformazione in attività a tempo indeterminato, in qualità di assistente di cura al 100% presso la _____ di _____ a decorrere dal 1° giugno 2003 (cfr. doc. 8/2). Dal verbale redatto dal consulente del personale della ricorrente a seguito del colloquio telefonico del 23 maggio 2003 avuto con la direttrice della _____ emerge che: " La signora _____ mi informa che l'assicurata RI1, a cui avevo inviato il 19 maggio un'assegnazione di lavoro non ha ancora preso contatto con loro. E' molto arrabbiata e mi dice che se una disoccupata dopo 4 giorni non ha ancora preso contatto con un potenziale datore di lavoro, non ha molta voglia di lavorare. Ho chiesto alla direttrice un po' di tempo che avrei contattato immediatamente l'assicurata sollecitandola a prendere contatto. Le ho perciò telefonato e visto che non c'era le ho lasciato un messaggio sulla segreteria pregandola di contattare subito il datore di lavoro. Il pomeriggio dello stesso giorno verso le ore 16.00 l'assicurata ha telefonato alla segretaria _____ e le ha detto

che ha appena chiamato la Sig.ra _____ ma che lei non c'era. Avrebbe perciò telefonato la mattina del lunedì successivo." (Doc. 8/6) Il 26 maggio 2003 il collocatore ha stilato un nuovo verbale del seguente tenore: " La signora _____, sempre più arrabbiata mi informa che sino ad ora e nonostante le mie sollecitazioni l'assicurata RI1 non ha mai preso contatto con lei. Ha telefonato venerdì verso sera ma lei era già andata via. Aveva detto che avrebbe richiamato questa mattina. Attesa invano. Le ho chiesto di pazientare ancora che avrei subito provato a telefonarle al proprio domicilio. Ho immediatamente telefonato all'assicurata chiedendogli il perché non avesse chiamato il datore di lavoro. Mi ha risposto che lo avrebbe fatto successivamente. Le ho detto di farlo immediatamente e di dirle se era o meno interessata la posto di lavoro. Ha poi iniziato a dirmi che il posto di lavoro è per lei troppo lontano e che avrebbe dovuto andare avanti e indietro 4 volte al giorno e che gli orari non le andavano bene e che se non mi rendevo conto dell'inquinamento che avrebbe causato andando 4 volte al giorno a _____. (sic) Ho intimato all'assicurata di prendere immediatamente contatto con il datore di lavoro che l'impiego propositole è assolutamente adeguato." (Doc. 8/7) Nel formulario "Esito dell'offerta di lavoro", compilato il 26 maggio 2003, la ricorrente ha dichiarato di aver telefonato alla _____ di _____ il 23 e il 26 maggio 2003, ma di aver parlato con _____, direttrice di tale Istituto, solamente il giorno 26. Inoltre essa ha precisato che avevano scelto un altro candidato (cfr. doc. 8/3). _____ sul modulo "Esito della candidatura", il 27 maggio 2003, ha confermato di aver parlato con l'insorgente il 26 maggio 2003. Essa ha tuttavia menzionato che il posto di lavoro per l'assicurata era troppo lontano e che la stessa attendeva altre proposte. Inoltre la direttrice ha indicato che la scelta era caduta su un altro candidato (cfr. doc. 8/4). Il potenziale datore di lavoro, il 3 giugno 2003, ha trasmesso all'URC di _____ il seguente scritto: "(...) la signora summenzionata si è annunciata telefonicamente venerdì 23.05.2003 e dato che ero assente ha detto che avrebbe richiamato il lunedì seguente. Il 26.05.2003 alle 15.00 mi ha telefonato, dopo essere stata sollecitata dal signor _____, dicendo che doveva valutare altre proposte, _____ è lontano dal suo domicilio e che aveva difficoltà con i turni. La signora ha promesso di darmi risposta martedì mattina ed invece ha telefonato in serata. Viste le titubanze della signora RI1 e l'urgente fabbisogno di personale, ho assunto una signora che si è presentata il 27.05.2003 alle 09.30 ed ha iniziato immediatamente la sua attività lavorativa presso di noi." (Doc. 8/5) A seguito della "Comunicazione relativa a una sanzione" inviatale dall'URC (cfr. consid. 1.1.; doc. 8), la Sezione del lavoro, l'8 agosto 2003, trasmettendole l'intera documentazione che la riguardava, ha invitato l'assicurata a formulare le sue osservazioni in merito entro 10 giorni (cfr. doc. 7). L'insorgente, il 19 agosto 2003, ha rilevato: " La ringrazio di avermi dato l'opportunità di potermi esprimere su quanto successo nell'offerta di lavoro alla _____ di _____. In data 19.05.2003 il mio collocatore, signor _____, mi ha inviato un'offerta di lavoro per la _____ di _____. lavoro che doveva iniziare al 01.06.2003. Nel periodo che mi ha inviato l'offerta di lavoro ero inabile per un infortunio al ginocchio, questo mi precludeva la possibilità di svolgere lavori pesanti. Quando ho telefonato alla signora _____, direttrice della _____ e da me conosciuta poiché avevo già avuto un colloquio di lavoro, ho dovuto informarla sul mio stato di salute. Ho spiegato alla signora _____ che stavo valutando altre opportunità di lavoro e possibilmente avrei scelto un domicilio di lavoro il più vicino a casa per limitare i costi di trasporto ed i disagi che può comportare un lavoro a turni quando si è distanti dal proprio domicilio (cambio turni, emergenze, ecc.). La possibilità di lavorare alla

_____ era da parte mia presa in considerazione ma essendo inabile al lavoro non potevo dare tutte le certezze che erano richieste dalla signora _____. Prove ne è che, data l'urgenza dell'impiego, la direttrice _____ ha dato priorità ad un'altra persona. Gentile signora _____ da parte mia c'è tutta la volontà ad iniziare un lavoro e la motivazione a continuare nella mia attività di assistente di cura. Purtroppo mi sono succesi due infortuni che mi rendono difficile, momentaneamente, il collocamento. La miglior prova della mia volontà a trovare un'occupazione, e lo posso dimostrare, che pur essendo inabile continuo nella mia ricerca di lavoro a valutare tutte le opportunità che ci sono per riprendere subito al momento che sarò nuovamente abile al lavoro. Mi dispiace di dover affrontare casi di questo genere e trovarmi a giustificare situazioni che non vivo." (Doc. 6) Il 20 ottobre 2003 l'amministrazione ha richiesto all'assicurata copia del certificato medico riguardante l'infortunio che le precludeva la possibilità di svolgere lavori pesanti e le ha inviato l'itinerario del TCS da _____, dove risiede la stessa, a _____ che prevede un tragitto con l'automobile di 17 km in 19 minuti (cfr. doc. 5). L'assicurata, il 25 ottobre 2003, dato che per ottenere il richiesto rapporto da parte del Dr. med. _____, avrebbe dovuto farsi visitare, ha puntualizzato che non poteva permettersi economicamente consulti medici non necessari al suo stato di salute e ha così delegato all'amministrazione il compito di appurare presso il medico le sue condizioni di salute al momento dell'assegnazione dell'occupazione in questione (cfr. doc. 4). Sulla base degli atti in suo possesso la Sezione del lavoro, il 4 novembre 2003, ha ritenuto che l'assicurata ha rifiutato un'occupazione adeguata ufficialmente assegnata e l'ha sospesa per 31 giorni ai sensi dell'art. 30 cpv. 1 lett. d LADI (cfr. consid. 1.2., doc. 3). Tale provvedimento è stato confermato con decisione su opposizione dell'11 febbraio 2004 (cfr. consid. 1.4., doc. A1). L'art. 42 LPGa prevede che le parti hanno il diritto di essere sentite. Non devono obbligatoriamente essere sentite prima di decisioni impugnabili mediante opposizione. A tale proposito in una sentenza del 23 giugno 2003 nella causa S. (C 49/03) l'Alta Corte ha rilevato che: " Die Sache geht daher an die Arbeitslosenkasse zurück, damit sie nach Erfüllung des Gehörsanspruchs erneut über eine allfällige Einstellung in der Anspruchsberechtigung wegen selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit befinde. In diesem Rahmen kommt nunmehr Art. 42 Satz 2 ATSG zur Anwendung, wonach die Gewährung des rechtlichen Gehörs ins Einspracheverfahren verschoben ist (Kieser, a.a.O. Art. 42 Rz. 24)." In una sentenza del 22 dicembre 2003 nella causa J. (H 272/03) il TFA, al consid. 3.3., si è così espresso: " (...) Selon un principe général de la procédure administrative, l'autorité n'est pas tenue d'entendre les parties avant de prendre une décision susceptible d'être frappée d'opposition (art. 30 al. 2 let. b PA). Ce principe est aujourd'hui spécifiquement consacré, en matière d'assurances sociales, à l'art. 42 2ème phrase LPGa." Nella presente fattispecie il diritto di essere sentito dell'assicurata è stato rispettato. Infatti l'amministrazione ha dato alla ricorrente la possibilità di esprimersi in merito al suo comportamento e alla ventilata sospensione con lo scritto dell'8 agosto 2003, ossia prima di pronunciare la sanzione. Pertanto il diritto di essere sentito dell'assicurata è stato ossequiato già prima dell'emanazione della decisione formale del 4 novembre 2003, conformemente alla chiara giurisprudenza federale emessa prima dell'entrata in vigore della LPGa (cfr. STFA del 6 agosto 2002 nella causa C, C91/02, consid. 1a; RAMI 2002 pag. 77, consid. 3d, pag. 83; SVR 2002 ALV Nr. 4 pag. 9; DTF 126 V 130 = SVR 2001 ALV Nr. 12 pag. 37), che mantiene comunque, in talune circostanze, la sua validità anche successivamente (cfr. U. Kieser, op. cit., ad art. 42, n. 1-28; Th. Locher, "Grundriss des Sozialversicherungsrechts", Ed. Staempfli Verlag AG, Berna 2003, pag. 447-448 n° 21 e

22). 2.9. Dalla documentazione agli atti risulta che l'assicurata, alla quale, il 19 maggio 2003, è stata offerta ufficialmente l'occupazione di assistente di cura presso la _____ a far tempo dal 1° giugno 2003, ha tentato di prendere contatto con il potenziale datore di lavoro solo venerdì 23 maggio 2003, dopo che il collocatore le ha lasciato un messaggio sulla segreteria telefonica in tal senso (cfr. doc. 8/6; consid. 2.8.). La direttrice non si trovava però presso l'Istituto, sicché l'insorgente ha lasciato detto che avrebbe richiamato il lunedì mattina successivo. Tuttavia anche il 26 maggio 2003 la ricorrente ha atteso di essere sollecitata dal suo consulente del personale prima di telefonare alla _____ (cfr. doc. 8/7, consid. 2.8.). Come risulta dal verbale del 26 maggio 2003 (cfr. doc. 8/7, consid. 2.8.), l'assicurata, già precedentemente al suo colloquio con _____, aveva dichiarato al suo consulente del personale che il posto di lavoro era troppo lontano, che avrebbe dovuto effettuare il tragitto casa-lavoro 4 volte al giorno e che gli orari non le andavano bene. Tali motivazioni emergono, peraltro, anche dalle dichiarazioni della direttrice della _____. Nell'"Esito della candidatura", come visto, essa ha indicato che per l'assicurata il posto di impiego era troppo lontano e che attendeva altre proposte. Nel suo scritto del 3 giugno 2003 indirizzato all'URC di _____, _____ ha poi aggiunto che la ricorrente aveva difficoltà anche con i turni, per cui, viste le titubanze dell'assicurata e la loro urgente necessità di personale, è stata assunta un'altra persona (cfr. doc. 8/4; 8/5; consid. 2.8.). La ricorrente nell'"Esito dell'offerta di lavoro" ha indicato unicamente che " hanno scelto un altro candidato " (cfr. doc. 8/3, consid. 2.8.). Nella lettera del 19 agosto 2003, in cui ha preso posizione in merito alla "Comunicazione relativa a una sanzione", trasmessa dall'URC alla Sezione del lavoro, l'assicurata ha invece ribadito quanto dichiarato al collocatore il 26 maggio 2003 e ha menzionato le motivazioni indicate da _____, ossia che stava valutando altre opportunità di lavoro e che avrebbe scelto un posto di lavoro più vicino al suo domicilio per limitare i costi di trasporto e i disagi che può comportare un lavoro a turni quando si è distanti dalla propria abitazione. Inoltre essa ha, per la prima volta, sostenuto di aver pure informato la direttrice che in quel periodo era inabile al lavoro a causa di un infortunio al ginocchio che le precludeva la possibilità di effettuare lavori pesanti. Non potendo darle le necessarie certezze, la direttrice, data l'urgenza dell'impiego, ha dato la priorità a un'altra persona (cfr. doc. 6; consid. 2/8). L'opposizione alla decisione formale del 4 novembre 2003 e l'atto ricorsuale contro la decisione su opposizione dell'11 febbraio 2004 sono invece completamente incentrati sul fatto che l'assicurata era inabile al lavoro a causa di un infortunio, con la precisazione che la _____, visto il suo stato di salute e l'urgenza dell'impiego, ha scelto un'altra persona (cfr. doc. 2; I). Nello scritto del 25 ottobre 2003 e nell'opposizione l'insorgente ha affermato che era inabile al lavoro al 100% (cfr. doc. 2, 4). Nel ricorso essa ha poi indicato che era incapace al lavoro al 50% (cfr. doc. I), ciò che corrisponde alla realtà dei fatti. In proposito occorre evidenziare che dal 7 aprile 2003 l'assicurata era inabile al 50% e che l'8 maggio 2003 è stato valutato che dal 1° giugno 2003 essa sarebbe stata abile al 100% (cfr. doc. 10: certificato d'infortunio LAINF). In tale contesto va ricordato che secondo la dottrina (Maurer, Schweizerisches Unfallversicherungsrecht, Berna 1985, p. 263) e la giurisprudenza, in presenza di due versioni differenti, la preferenza deve essere accordata alle dichiarazioni che l'assicurato ha dato nella prima ora, quando ne ignorava le conseguenze giuridiche. Le spiegazioni fornite in un secondo tempo non possono integrare le prime constatazioni dettagliate, soprattutto se esse le contraddicono (cfr. STFA del 30 novembre 1999 nella causa C.S. contro CAD del SEI e TCA, C 286/99, consid. 2, pag. 3; DTF 121 V 45, consid. 2a, pag. 47; DTF 115 V

133, consid. 8c, pag. 143; RAMI 1988 pag. 363 consid. 3b/aa; STFA 27.8.1992 in re M. non pubblicata; RDAT II-1994, pag. 189; cfr. pure Prassi AD 98/1, Commento alle direttive, Foglio 18/6, punto B). Pertanto, fondandosi sulla sua prima versione, in cui l'assicurata non ha menzionato la circostanza che la _____, avendo urgentemente bisogno di personale, avrebbe assunto un'altra persona dato che lei era inabile al lavoro a causa di un infortunio, nel caso concreto occorre concludere che l'insorgente non si è attivata immediatamente al fine di contattare la _____, ma ha atteso di essere sollecitata dal collocatore, e non si è dimostrata espressamente e inequivocabilmente disposta ad accettare l'occupazione di assistente di cura assegnatale ufficialmente, poiché essa, da un lato, riteneva che il posto di lavoro fosse troppo lontano dal suo domicilio e che quindi, visti gli orari di lavoro, ci sarebbero stati dei disagi anche con i turni, dall'altro voleva valutare altre proposte professionali. In simili condizioni, secondo questa Corte l'atteggiamento della ricorrente, che era tale da indurre alla sua mancata assunzione, è equiparabile a un rifiuto ai sensi della giurisprudenza federale citata precedentemente (cfr. consid. 2.4.). Ciò giustifica, di principio, una sospensione dal diritto all'indennità di disoccupazione in base all'art. 30 cpv. 1 lett. d LADI (cfr. consid. 2.3.; 2.4.). 2.10. Affinché l'art. 30 cpv. 1 lett. d LADI possa applicarsi, è però ancora necessario che l'occupazione assegnata all'insorgente dall'URC di _____ presso la _____ di _____ fosse effettivamente adeguata. Per quanto riguarda la censura sollevata dall'assicurata circa l'eccessiva distanza tra il suo domicilio di _____ e il posto di lavoro di _____ (cfr. doc. 8/7; 6), va osservato che l'art. 16 cpv. 2 lett. f LADI stabilisce che: " non è considerata adeguata e di conseguenza è esclusa dall'obbligo di accettazione un'occupazione che: f) necessita di un tragitto di oltre due ore sia per recarsi sul posto di lavoro, sia per il rientro e che non offre la possibilità di un alloggio conveniente nel luogo di lavoro o che, in questo secondo caso, rende notevolmente difficile l'adempimento dell'obbligo di assistenza verso i familiari da parte dell'assicurato." Il TFA, in una decisione del 5 febbraio 1999 pubblicata in SVR 1999 ALV Nr. 22, ha rilevato quanto segue: "(...). b) Par lettre du 7 avril 1997, la recourante a résilié le contrat de travail qui la liait à la société A, à Lausanne. A ce moment-là, elle n'avait apparemment pas encore offert ses services à la société B à O, par laquelle elle pensait être engagée dès le 1er juillet 1997 (cf. l'attestation de l'entreprise prénommée, du 28 juillet 1997). Aussi n'est-il pas établi que la recourante, lorsqu'elle a donné son congé, était assurée d'obtenir un autre emploi (art. 44 al. 1 let. b OACI). Dès lors, il faut examiner si son comportement tombe ou non sous le coup de l'art. 30 al. 1 let. a LADI, à la lumière des principes développés au considérant précédent.

E. 4

a) Il ressort du dossier que la recourante a bénéficié durant un certain temps des services d'un chauffeur pour se rendre en voiture depuis son domicile jusqu'à son lieu de travail et en revenir quotidiennement matin et soir. Cette personne n'ayant plus été d'accord de l'accompagner, la recourante, qui ne disposait pas elle-même d'un véhicule et n'avait pas les moyens de s'en procurer un, a été confrontée aux horaires des transports publics, plus particulièrement ceux des chemins de fer. La recourante allègue qu'elle avait demandé à maintes reprises à son employeur d'adapter son horaire de travail en fonction de ses déplacements. Toutefois, ce dernier n'aurait jamais accepté d'entrer en matière. A cet égard, la consultation de l'horaire des CFF permet de constater que la recourante aurait dû partir du Bouveret à 05.10 heures, si elle voulait commencer son travail à 08.00 heures, comme son employeur l'exigeait d'elle. Quant au trajet du retour, il aurait dépassé deux heures,

puisque'elle ne pouvait quitter son lieu de travail avant 18.00 heures. b) Aux termes de l'art. 16 al. 2 let. f LACI, n'est pas réputé convenable et, par conséquent, exclu de l'obligation d'être accepté, tout travail qui nécessite un déplacement de plus de deux heures pour l'aller et de plus de deux heures pour le retour et qui n'offre pas de possibilités de logement appropriées au lieu de travail, ou qui, si l'assuré bénéficie d'une telle possibilité, ne lui permet de remplir ses devoirs envers ses proches qu'avec de notables difficultés. aa) La condition de la durée de déplacement excessive est remplie dans le cas de la recourante, du moment où elle était contrainte de recourir aux transports publics pour se rendre à son lieu de travail. bb) En ce qui concerne la seconde condition (possibilités de logement appropriées à Lausanne ou dans les environs), on ne peut pas se fonder sur l'avis de saisie de salaire du 21 août 1997 qui figure au dossier pour déterminer le montant des ressources financières à disposition de la recourante, puisque le minimum vital comprend aussi, en principe, le montant du loyer payé par le poursuivi (ATF 121 III 23 consid. 3b, 119 III 73 consid. 3c). Le problème est plutôt de savoir si l'on pouvait exiger de l'assurée, au moment où la possibilité de se rendre à Lausanne en voiture à disparu, qu'elle déménage à bref délai dans cette ville. Le dossier ne permet pas de répondre à cette question avec certitude, d'autant moins que le cas n'a pas encore été examiné sous cet angle. La caisse de chômage, à qui la cause doit être renvoyée afin qu'elle élucide ce point, ne devra toutefois pas seulement comparer les frais de logement supportés par la recourante au Boveret et à Lausanne. Elle devra également tenir compte d'autres facteurs, ne fût-ce que par égard au droit de l'assurée au libre choix de son domicile (ATF 113 V 28 sv. consid. 4b, 108 V 165 consid. 2a). On rappellera que la loi prescrit de prendre en considération l'entrave aux devoirs envers les proches que pourrait occasionner un changement de domicile (dans ce sens déjà l'ancien art. 16 al. 4 LACI en vigueur jusqu'au 31 décembre 1995) et que selon la Convention OIT n° 168 concernant la promotion de l'emploi et la protection contre le chômage (RS 0.822.726.8), dans l'appréciation du caractère convenable ou non d'un emploi, il doit être tenu compte notamment "des répercussions de cette emploi sur la situation personnelle et familiale de l'intéressé" (art. 21 ch. 2). (...)" (consid. 4bb, p. 54) In una sentenza del 5 aprile 2004 nella causa S. (C 137/03) - già menzionata al consid. 2.5. - la nostra Massima Istanza ha stabilito che un impiego assegnato ufficialmente a un'assicurata, il cui dispendio di tempo giornaliero necessario per recarsi sul posto di lavoro e per rientrare al proprio domicilio era di circa due ore complessive, era adeguato dal profilo dell'art. 16 cpv. 2 lett. f LADI. Nella presente fattispecie l'assicurata disponeva di un'automobile (cfr. doc. 9). Inoltre il tragitto da _____, secondo l'itinerario consigliato dal TCS, peraltro non contestato dalla ricorrente, è di 17 km e dura 19 minuti (cfr. doc. 5). Di conseguenza l'insorgente poteva raggiungere il posto di lavoro assegnato e ritornare al proprio domicilio in un tempo ampiamente inferiore alle quattro ore, anche tenendo conto del possibile traffico. Ciò vale anche per i giorni in cui, a causa dei turni (7.30-11.00 - 16.00-20.30; 7.30-12.00 - 16.30-20.00; cfr. doc. 8/2), l'assicurata avrebbe effettuato il citato percorso casa-lavoro quattro volte. L'impiego offerto all'assicurata era, perciò, sicuramente conforme all'art. 16 cpv. 2 lett. f LADI. La ricorrente ha poi indicato che gli orari e i turni, i quali, come appena esposto, si estendevano fino al massimo le 20.30 (cfr. doc. 8/2), non le andavano bene e, vista la distanza dal suo domicilio, sarebbero stati disagiati. In primo luogo, per quanto riguarda la connessione tra gli orari e la distanza dalla sua abitazione, occorre ribadire che i motivi di inadeguatezza non possono essere combinati uno con l'altro, bensì devono essere esaminati singolarmente (cfr. consid. 2.5.; STFA del 5 aprile 20043 nella causa S., C 137/03). In secondo luogo va osservato che l'assicurata, fatta eccezione per

il riferimento alla lontananza del suo domicilio dal posto di lavoro, non ha minimamente motivato la sua contestazione relativa agli orari e ai turni. Al riguardo va ricordato che la procedura in materia di assicurazioni sociali è retta dal principio inquisitorio (Untersuchungsgrundsatz, SVR 2001 KV Nr. 50 pag. 145; STFA del 24 aprile 2002 nella causa G., H 153/00; STFA del 5 settembre 2001 nella causa C., U 94/01; STFA del 9 maggio 2001 nella causa Z., P 36/00; STFA del 5 giugno 2000 nella causa P., I76/00; DTF 122 V 157 consid. 1a; SVR 1995 AHV Nr. 57 pag. 164 consid. 5a; AHI praxis 1994 pag. 212; DTF 117 V 263; DTF 117 V 282). E' dunque compito del giudice chiarire d'ufficio in modo corretto e completo i fatti giuridicamente rilevanti. Questo principio è stato concretizzato all'art. 61 cpv. 1 lett. c LPGa, in vigore dal 1° gennaio 2003 (cfr. U. Kieser, ATSG-Kommentar, Ed. Schulthess, Zurigo 2003, art. 61 N. 59 pag. 617), e vale anche per l'amministrazione (cfr. art. 43 LPGa). Il principio inquisitorio non è tuttavia incondizionato, ma trova il suo correlato nell'obbligo delle parti di collaborare (cfr. art. 61 lett. c LPGa; DLA 2001 N. 12, consid. 2b, pag. 145; STFA del 9 maggio 2003 nella causa A., C 271/02; STFA del 24 aprile 2002 nella causa G., H 153/00, consid. 3; STFA del 5 settembre 2001 nella causa C., U 94/01, consid. 1b; STFA del 13 marzo 2001 nella causa P., U 429/00, consid. 1c; STFA dell'8 settembre 2000 nella causa M., C 178/99, consid. 3b e STFA del 5 giugno 2000 nella causa P., I 76/00, consid. 3a; vedi inoltre DTF 125 V 193, consid. 2a, pag. 195 e i riferimenti ivi citati; RAMI 1994 pag. 211; DLA 1992 pag. 113; DTF 117 V 261; DTF 116 V 26 consid. 3c; DTF 115 V 142 consid. 8a; DTF 114 V 234 consid. 5a; DTF 110 V 52 consid. 4a; Meyer, "Die Rechtspflege in der Sozialversicherung" in Basler Juristische Mitteilungen (BJM) 1989 pag. 12; Spira, "Le contentieux des assurances sociales fédérales et la procédure cantonale" in Recueil de jurisprudence Neuchâteloise (RJN) 1984 pag. 16; Kurmann, "Verwaltungsverfahren und Verwaltungsrechtspflege in erster Instanz" in Luzerner Rechtsseminar 1986, Sozialversicherungsrecht, Referat XII, pag. 5 ss.). Questo obbligo comprende in particolare quello di motivare le pretese di cui le parti si avvalgono e quello di apportare, nella misura in cui può essere ragionevolmente richiesto da loro, le prove dettate dalla natura della vertenza o dai fatti invocati: in difetto di ciò esse rischiano di dover sopportare le conseguenze dell'assenza di prove (cfr. DLA 2001 N. 12, consid. 2b, pag. 145; STFA del 7 dicembre 2001 nella causa M., U 202/01; STFA del 5 settembre 2001 nella causa C., U 94/01; STFA del 9 maggio 2001 nella causa Z., P 36/00; STFA del 9 maggio 2001 nella causa L., P 52/00; SVR 1995 AHV Nr. 57 pag. 164 consid. 5a; RAMI 1993 pag. 158-159 consid. 3a; DTF 117 V 264 consid. 3b; SZS 1989 pag. 92; DTF 115 V 113; G. Beati "Relazione tra diritto civile e assicurazioni sociali. Introduzione e principi generali. La recente giurisprudenza del TFA.", atti della giornata di studio del 1° giugno 1992, CFPG fascicolo 8, pag. 1 seg. (3)). Su questi aspetti, cfr. in particolare: J. L. DUC, "Les assurances sociales en Suisse", Losanna 1995, pag. 827-828 e TH. Locher, "Grundriss des Sozialversicherungsrecht" Berna 1997, pag. 339-341 il quale rileva che "besondere Bedeutung hat die Mitwirkungspflicht dann, wenn der Sachverhalt ohne Mitwirkung der betroffenen Person gar nicht (weiter) erstellt werden kann". In casu, pertanto, il TCA, in assenza di allegazioni sostanziate che giustifichino l'inadeguatezza degli orari, deve considerare conforme alla situazione personale dell'insorgente l'occupazione a turni presso la _____ . La circostanza poi che l'assicurata era inabile al lavoro a seguito di un infortunio al ginocchio e non poteva svolgere lavori pesanti non rendeva l'impiego assegnatole ufficialmente il 19 maggio 2003, quale assistente di cura a decorrere dal 1° giugno 2003, non conforme al suo stato di salute giusta l'art. 16 cpv. 2 lett. c LADI.

Infatti dagli atti risulta che l'insorgente è stata incapace al lavoro al 100% dal 21 novembre 2002 al 6 aprile 2003 e al 50% dal 7 aprile 2003. L'8 maggio 2003 è stato poi indicato che dal 1° giugno 2003 la ricorrente avrebbe ritrovato la piena capacità lavorativa (cfr. doc. 11). L'assicurata stessa del resto nello scritto del 25 ottobre 2003 ha evidenziato che dal 1° giugno 2003 sarebbe stata abile (cfr. doc. 4). Quando, il 19 maggio 2003, l'URC di _____ le ha offerto l'impiego a _____, l'insorgente era quindi già al corrente che dal 1° giugno 2003 sarebbe stata nuovamente abile al lavoro al 100%. Di conseguenza non solo tale occupazione era oggettivamente adeguata dal profilo dell'art. 16 cpv. 2 lett. c LADI, ma pure soggettivamente la ricorrente doveva, o perlomeno avrebbe dovuto rendersi conto che l'impiego era conforme alle sue condizioni di salute. E' utile d'altronde osservare che, come evidenziato precedentemente (cfr. consid. 2.9.), l'assicurata, in prima battuta, al suo collocatore e al potenziale datore di lavoro non ha assolutamente menzionato di avere dei problemi di salute. Essa nemmeno ha mai asserito che, anche una volta ritrovata la piena capacità lavorativa, non era in ogni caso in grado di svolgere l'attività di assistente di cura. In proposito va osservato che allorché la ricorrente, il 7 aprile 2003, si è annunciata per il collocamento, ha comunque dichiarato di voler esercitare questa professione, nonostante fosse abile solo al 50%. In proposito va infine segnalato che in una sentenza del 15 febbraio 1989 nella causa P. (AD 155/88) il TCA ha rilevato che l'amministrazione può assegnare al disoccupato un'occupazione anche durante un periodo di incapacità lavorativa dello stesso, tuttavia soltanto quando la natura del danno alla salute da lui patito non è tale da rendergli impossibile un contatto personale o telefonico con il potenziale datore di lavoro. Il TFA, con sentenza del 17 agosto 1989 (C27/89), ha confermato il menzionato giudizio del TCA, osservando che nel caso concreto vi erano sufficienti elementi per considerare che al momento dell'assegnazione l'assicurato non presentava un'incapacità lavorativa tale da impedirgli di accettare le occupazioni propostegli ufficialmente. L'Alta Corte ha, pertanto, indicato che nella fattispecie in esame poteva restare indeciso il tema di sapere se, qualora l'assicurato fosse stato temporaneamente incapace al lavoro, gli organi addetti al collocamento avrebbero potuto comunque assegnargli un impiego. 2.11. In simili condizioni, questa Corte ritiene che l'occupazione assegnata alla ricorrente presso la _____ di _____ era adeguata. Essa era, dunque, tenuta ad accettarla senza indugio (cfr. art. 16 cpv. 1 LADI; consid. 2.5.). Il comportamento assunto dall'assicurata, parificabile a un rifiuto (cfr. consid. 2.9.), non può del resto essere giustificato dal fatto che essa voleva valutare altre proposte di lavoro (cfr. doc. 6). Infatti la mera speranza di essere assunto non permette di rifiutare un'occupazione adeguata (cfr. STCA del 16 giugno 1999 nella causa C.B.; STCA del 14 giugno 1999 nella causa R.G.; STCA del 31 maggio 1999 nella causa R.M.). E' per contro necessaria la garanzia di ottenere un impiego. Secondo la giurisprudenza federale si può parlare di lavoro garantito soltanto allorché un contratto di lavoro è stato concluso espressamente o tacitamente attraverso la volontà concordata delle parti. Non basta invece che le trattative facciano sorgere la speranza o l'aspettativa di concludere il contratto (cfr. STFA del 3 febbraio 2004 nella causa S., C 275/03; DLA 1992 pag. 153; SVR 1998 ALV N° 22; D. Cattaneo, op. cit., pag. 32 e 64). In casu l'assicurata ha semplicemente allegato trattarsi di proposte, per cui non essendo stato garantito alcun impiego, essa avrebbe dovuto accettare l'occupazione assegnatale ufficialmente il 19 maggio 2003. Inoltre nell'evenienza concreta nemmeno trova applicazione il principio secondo cui non si possono sanzionare degli assicurati che comunque non sarebbero stati assunti. Lo stesso è stato elaborato contestualmente alla prassi dell'amministrazione di assegnare un lavoro a più persone contemporaneamente.

Prima di sanzionare gli assicurati che non hanno concluso il contratto è in questo caso importante esaminare dettagliatamente i motivi della mancata assunzione (cfr. D. Cattaneo, op. cit., pag. 76; J. Chopard "Die Einstellung in der Anspruchsberechtigung", p. 38, p. 146, p. 148). Nella sentenza del 17 agosto 1989 nella causa P. (C 27/89), il TFA, confermando un precedente giudizio di questo Tribunale, relativamente alla censura dell'assicurato secondo cui i tre impieghi proposti dall'amministrazione non entravano in considerazione, dato che uno era già occupato, un altro aveva già risposto negativamente e il terzo si situava fuori della zona in cui avrebbe potuto recarsi, ha osservato che tale argomentazione doveva essere disattesa, in quanto dagli atti all'inserto risultava che tali occupazioni potevano essere effettivamente occupate. L'Alta Corte in una sentenza del 6 gennaio 2004 nella causa H. (C 213/03), già citata al consid. 2.7., concernente il rifiuto di un'occupazione non assegnata ufficialmente, ha precisato che la sospensione non dipende dal rapporto di causalità tra il comportamento di un assicurato e la realizzazione del danno. A tale proposito il TFA ha rilevato: " (...) Rechtsprechung und Doktrin stimmen darin überein, dass die befristete Einstellung im Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung ein geeignetes Mittel ist, um die versicherte Person am Schaden zu beteiligen, welchen sie der Arbeitslosenversicherung dadurch zufügt, dass sie sich nicht an die der Schadenminderung dienenden Obliegenheiten hält (BGE 125 V 199 Erw. 6a, 124 V 227 f. Erw. 2b, 122 V 40 Erw. 4c/aa; Riemer-Kafka, Die Pflicht zur Selbstverantwortung, Freiburg 1999, S. 461; Nussbaumer, a.a.O., Ziff. 691 S. 251; Chopard, Die Einstellung in der Anspruchsberechtigung, Diss. Zürich 1998, S. 42; Gerhards, Kommentar zum AVIG, Band I, Bern 1988, Art. 30 N 2). Daraus darf indes nicht abgeleitet werden, die Einstellung im Anspruch sei davon abhängig, dass ein kausaler Zusammenhang zwischen dem Verhalten der versicherten Person und dem Eintritt eines tatsächlichen Schadens besteht. Eine solche Rechtsfolgevoraussetzung ergibt sich weder aus dem Wortlaut noch aus dem Sinn der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Art. 30 Abs. 1 lit. c AVIG sanktioniert - wie andere Einstellungsgründe auch - Handlungen oder Unterlassungen bereits dann, wenn sie erst ein Schadensrisiko in sich bergen. Die Massnahme findet ihre sinnvolle Zweckbestimmung konsequenterweise nicht nur in der Regelung der Folgen vergangenen Handelns, wie es der Gedanke der Schadensbeteiligung nahelegen könnte, sondern sie soll - vorbeugend - auch eine Verhaltensänderung bewirken. Zudem ist die Quantifizierung nachteiliger Wirkungen von entsprechenden Verhaltensweisen meist schwierig. So würde der Einstellungsgrund der ungenügenden Arbeitsbemühungen wohl regelmässig ins Leere greifen, wollte man seine Anwendung vom Nachweis abhängig machen, dass der Entschädigungsanspruch bei pflichtgemäsem Verhalten tatsächlich geringer ausgefallen wäre. Die Verwaltung sähe sich vor unabsehbare Praktikabilitätsprobleme gestellt, wenn sie gehalten wäre, bei jedem Verstoss gegen die Schadenminderungspflicht Art und Ausmass des der Arbeitslosenversicherung daraus erwachsenen Schadens darzulegen (zum Ganzen Urteil R. vom 21. Februar 2002, C 152/01, Erw. 4). (...)" (STFA del 6 gennaio 2004 nella causa H., C 213/03, consid. 2) In concreto, comunque, può restare indeciso se da questa recente giurisprudenza vada semplicemente dedotto che in ogni caso concreto, in cui entri in considerazione una sospensione, non sia più rilevante il nesso causale fra un determinato comportamento dell'assicurato e il danno. Nel caso di specie, in effetti, dagli atti di causa risulta che quando all'insorgente è stato assegnato l'impiego presso la _____, il 19 maggio 2003, e allorché essa ha contattato la direttrice, il 26 maggio 2003, il posto era ancora libero e poteva dunque essere occupato. Soltanto in seguito, viste le titubanze dell'assicurata e l'urgente fabbisogno di personale, il potenziale datore di lavoro ha assunto un'altra persona che si è presentata il 27 maggio 2003

(cfr. doc. 8/5). Inoltre, invitata dal TCA a indicare se la circostanza che fino al 31 maggio 2003 la ricorrente era inabile al lavoro al 50% avrebbe o meno impedito l'assunzione della stessa per l'impiego di assistente di cura libero dal 1° giugno 2003, _____, il 18 giugno 2004, ha comunicato che l'insorgente avrebbe potuto iniziare a lavorare presso l'Istituto dal 1° giugno 2003 (cfr. doc. X; XI; consid. 1.8.). Infine l'assicurata si è avvalsa del fatto di non avere mai percepito indennità di disoccupazione, a causa dell'infortunio subito (cfr. doc. 2., I). L'assicurata, verosimilmente, riceveva quindi delle prestazioni da parte dell'assicurazione contro gli infortuni. In effetti per evitare un sovrindennizzo, l'obbligo di versare le prestazioni da parte dell'assicurazione contro la disoccupazione in virtù dell'art. 28 LADI che regola il diritto all'indennità di disoccupazione nel caso di capacità lavorativa temporaneamente inesistente o ridotta a seguito di malattia, infortunio o maternità, è sussidiario rispetto all'assicurazione infortuni (cfr. DLA 2004 N.3.pag. 50 in relazione alla indennità giornaliera per malattia, applicata in casu per analogia; DTF 128 V 149=SVR 2003 KV N.8). Tuttavia essa, a prescindere dalla questione a sapere se dall'assicurazione infortuni riceveva delle indennità giornaliere del 100% o solo del 50%, era in ogni caso iscritta in disoccupazione, per cui doveva comunque rispettare i doveri enunciati dalla LADI e quelli più generali, come l'obbligo della riduzione del danno (cfr. Maurer, Sozialversicherungsrecht, Band I, 1979 p. 323 ; DTF 129 V 460; DTF 123 V 39; STFA del 6 gennaio 2004 nella causa H., C 213/03). 2.12. Alla luce di tutto quanto esposto, a mente del TCA la Sezione del lavoro, a giusta ragione, ha stabilito che l'assicurata va sospesa dal diritto alle indennità di disoccupazione per avere rifiutato l'occupazione offertale ufficialmente presso la _____ di _____ (cfr. art. 30 cpv. 1 lett. d LADI). Per quanto attiene all'entità della sanzione, l'amministrazione ha inflitto all'assicurata una sospensione di 31 giorni (cfr. consid. 1.2.; 1.3.; doc. A1; 3). Sulla base della giurisprudenza federale citata al consid. 2.7., occorre esaminare se nel caso in esame si è in presenza di validi motivi che permettano di non necessariamente qualificare il rifiuto di un impiego adeguato da parte dell'insorgente come colpa grave. Attentamente vagliate la situazione soggettiva dell'assicurata e le circostanze concrete oggettive della presente vertenza, il TCA non ritiene vi siano in casu dei validi motivi che facciano apparire la colpa della stessa di gravità media o lieve. In particolare, per quanto attiene al fatto che l'occupazione assegnata presso la _____ fosse della durata di sei mesi, è utile evidenziare che il TFA nella DTF 130 V 125 consid. 3.5., citata al consid. 2.7., ha sì indicato, quale valido motivo oggettivo che può entrare in considerazione per infliggere una sanzione inferiore a 31 giorni di sospensione, la durata determinata di un impiego assegnato. Tuttavia l'Alta Corte, in proposito, si è riferita alla sentenza pubblicata in DLA 2000 N. 9 pag. 45 segg., in cui aveva stabilito che un assicurato che aveva rifiutato un impiego di un solo mese doveva comunque essere sospeso per 23 giorni. La Sezione del lavoro ha poi dichiarato che la prassi dell'amministrazione in caso di rifiuto di un impiego adeguato della durata di sei mesi, in assenza di circostanze particolari, è di infliggere una sospensione dal diritto alle indennità di disoccupazione di 31 giorni, nonostante la Tabella delle sospensioni edita dal SECO (cfr. Circulaire relative à l'indemnité de chômage (IC) del SECO in vigore dal 1° gennaio 2003, D68 punto 2A; Lista delle sospensioni SdL, 8 ottobre 2003, p.to 2.A) preveda per queste fattispecie una sanzione compresa tra 34 e 41 giorni (cfr. consid. 1.11.; doc. XVII; XIX; XIX1-3). Tale Tabella, inoltre, indica una sospensione da 27 a 34 giorni per il rifiuto di un'occupazione adeguata di quattro mesi, mentre per un impiego di due mesi una sanzione da 20 a 27 giorni (cfr. consid. 1.11.; doc. XIX). In simili condizioni, ritenuto che il potere di apprezzamento della dell'amministrazione in merito alla durata della sospensione è

estremamente esteso (cfr. DTF 123 V 152; STFA del 28 luglio 2004 nella causa V., C 7/04; STFA del 21 maggio 2002 nella causa W.; C 351/01; STFA del 25 febbraio 2003 nella causa D. C 262/61; STFA dell'8 luglio 2003 nella causa N., C 316/02; G. Gehrards, op. cit., N. 52 ad art. 30, pag. 374) e che il giudice non può senza validi motivi, sostituire il suo potere di apprezzamento a quello dell'amministrazione (cfr. STFA del 14 luglio 2004 nella causa K., C 254/03, consid. 2; DTF 126 V 353 consid. 5d; DTF 123 V 152 consid. 2), la penalità di 31 giorni di sospensione inflitta alla ricorrente, non presta il fianco a critiche. La decisione su opposizione impugnata dell'11 febbraio 2004 deve essere confermata.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.